Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3018**

16. Wahlperiode 18. 10. 2006

Antrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Den Auswärtigen Dienst für die Aufgaben der Diplomatie des 21. Jahrhunderts stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In der Antwort der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 16/2298) auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion zur Personalsituation im Auswärtigen Amt für den Aufbruch in die Diplomatie des 21. Jahrhunderts hat die Bundesregierung festgestellt, dass die Personalsituation im Auswärtigen Dienst, d. h. an den derzeit 226 Auslandsvertretungen und in der Zentrale des Auswärtigen Amts, insgesamt unbefriedigend ist. Die pauschalen Stellenkürzungen der letzten zwölf Jahre haben den Personalbestand des Auswärtigen Dienstes auf die Größenordnung vor dem europäischen Einigungsprozess sinken lassen. Diese Feststellung der Bundesregierung bestätigt den Beschluss des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags vom 5. April 2006, in dem es heißt: „Im Rahmen seiner Beratung über den Bundeshaushalt 2006 und über die mittelfristige Finanzplanung bis 2009 hat der Auswärtige Ausschuss insbesondere mit Blick auf die Jahre 2007 ff mit Sorge festgestellt, dass das Auswärtige Amt aufgrund einer immer unzureichenderen Mittelausstattung nicht mehr in der Lage sein könnte, seine wesentlichen Aufgaben zu erfüllen. Es ist unbestritten, dass die weltweiten Herausforderungen für Deutschland zugenommen haben und die internationale Verantwortung Deutschlands gewachsen ist. Zugleich muss der deutsche Auswärtige Dienst z. B. mit weniger Stammpersonal auskommen als 1994, sein Personalbestand und sein Haushalt sind signifikant kleiner als diplomatische Dienste vergleichbarer Staaten. (…) Vor diesem Hintergrund fordert der Auswärtige Ausschuss die Bundesregierung auf, ab dem Haushalt 2007 und in den Folgejahren für eine Mittelausstattung des Auswärtigen Amtes Sorge zu tragen, die über die jetzigen Planungen signifikant hinaus geht, das Auswärtige Amt mit ausreichend Personal und Betriebsmitteln ausstattet und ihm politische Gestal-

tungsräume zur Bewältigung neuer Aufgaben verschafft. Die Bundesregierung sollte den Haushalt des Auswärtigen Amtes von der globalen Minderausgabe ausnehmen.“

Seit 1994 ist mit Ausnahme der Jahre 2000 und 2002 Jahr für Jahr die Zahl der Auslandsstellen um insgesamt rund 700 Stellen zurückgegangen, während seit 1993 die Zentrale des Auswärtigen Amts einen Aufbau von fast 200 Stellen erfahren hat. Eine weitere Ausdünnung der Auslandsvertretungen ist insbesondere im Rechts- und Konsularbereich nicht mehr hinnehmbar. Außerdem muss das Auswärtige Amt darangehen, die deutsche diplomatische Präsenz in den afrikanischen Staaten wiederaufzubauen, wo dies möglich ist und unseren außenpolitischen Interessen dient. Die deutsche Präsenz in Nordamerika, den Krisengebieten in Nah- und Mittelost sowie in den wirtschaftlichen Boomregionen Asiens muss verstärkt werden. Insgesamt zeigt sich, dass die personelle Ausstattung des deutschen Auswärtigen Dienstes deutlich hinter der Personalausstattung der vergleichbaren französischen und britischen Dienste hinterherhinkt.

Der Deutsche Bundestag begrüßt den Willen der Bundesregierung, den Personalbestand des Auswärtigen Amts ab dem Haushaltsjahr 2007 nicht weiter abzubauen. Das Auswärtige Amt bedarf jedoch nicht nur einer angemessenen Stellen- und Mittelausstattung, sondern es müssen für den Auswärtigen Dienst die begonnenen Reformanstrengungen fortgeführt werden, damit die Mitarbeiter den Leistungsansprüchen und Erwartungen gerecht werden können, die in sie gesetzt werden. Viele dieser Reformen können haushaltsneutral durchgeführt werden.

Nach wie vor sind zu wenige Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes in internationalen Organisationen wie EU, VN, NATO oder OSZE tätig. Internationale Organisationen rücken immer stärker in das Blickfeld der deutschen Außenpolitik, die dort zunehmend mitgestaltet wird. Internationale Organisationen fragen in der Regel außenpolitische Spezialisten und keine Generalisten nach. Deutsche Bewerber stehen zudem im Wettbewerb mit anderen Bewerbern. Es wird nur gelingen, Deutsche auf für Deutschland interessante und wichtige Posten in internationalen Organisationen zu platzieren, wenn unsere Bewerber ausreichend und langfristig auf ihre Posten vorbereitet sind. Dem muss bereits in den ersten Dienstjahren der Beamten im Auswärtigen Dienst durch entsprechende Qualifizierungen, Verwendungen und auch Karriereanreize Rechnung getragen werden.

Es ist selbstverständlich, dass weder der Einsatz von Beamten in internationalen Organisationen noch die bislang nicht ausreichende Postenvorbereitung zulasten der Aufgabenerfüllung in der Zentrale und in den Auslandsvertretungen gehen dürfen. Deshalb und um auf politische Krisen reagieren, Evakuierungsmaßnahmen durchführen und Deutschen im Ausland bei Naturkatastrophen beistehen zu können, muss eine ausreichende Personalreserve im Auswärtigen Amt aufgebaut werden. Maßstab hierfür ist das Gesetz über den Auswärtigen Dienst (GAD).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– den seit 1994 kontinuierlich durchgeführten Planstellenabbau im Auswärtigen Amt ab dem Haushaltsjahr 2007 nicht mehr fortzusetzen;

– die zur Erfüllung politischer Aufgaben dienenden Mittel, wie z. B. Maßnahmen zur Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung, zu verstetigen;

– die Mittel für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik als dritte Säule der deutschen Außenpolitik nicht weiter zu kürzen;

– die knapp bemessenen Personalressourcen im Auswärtigen Dienst durch laufbahnübergreifenden Personaleinsatz, strategische Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung und durch die Beschränkung auf die Kernaufgaben des Auswärtigen Dienstes besser und effizienter zu nutzen;

– die Personalreserve des Auswärtigen Dienstes mit dem Haushaltsjahr 2007 beginnend sukzessive auszuweiten, um mehr, vor allem jüngere Beamte als bisher zu internationalen Organisationen beurlauben zu können;

– die Auslandsvertretungen nicht weiter zugunsten der Zentrale auszudünnen: Neben einer generellen Verstärkung des RK-Bereichs der Auslandsvertretungen sollte der in den letzten Jahren vollzogene „Rückzug aus Afrika“ rückgängig gemacht werden. Botschaften sollten in den afrikanischen Staaten wiedereröffnet werden, in denen die politischen Verhältnisse eine Wiedereröffnung zulassen und in denen Deutschland substantielle außenpolitische Interessen zu vertreten hat;

– im Rahmen der Personalentwicklung die individuellen Stärken und Erfahrungen der Mitarbeiter im Interesse des Dienstes besser zu nutzen. Spezialisierungen der Mitarbeiter sollten mehr als bisher in Betracht gezogen und genutzt werden, auch wenn dies im Einzelfall die Aufgabe des Generalistenprinzips bedeutet;

– deutlich mehr Mitarbeiter, insbesondere des höheren Dienstes, als bisher für die Tätigkeit in internationalen Organisationen wie EU, NATO, VN oder OSZE freizustellen. In der Personalentwicklung sollte der Einsatz in internationalen Organisationen von Anfang an berücksichtigt und langfristig vorbereitet werden. Abordnungen oder Beurlaubungen zu internationalen Organisationen sollten zu Beginn und nicht erst für die Mitte oder das Ende einer Karriere vorgesehen werden;

– ebenfalls in der Personalentwicklung den Einsatz von Mitarbeitern bei deutschen Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden vorzusehen. Ein erfolgreicher Einsatz dort sollte wie der erfolgreiche Einsatz bei internationalen Organisationen in der Karriereentwicklung honoriert werden;

– die Lebenspartner der Angehörigen des Auswärtigen Dienstes bei der Berufsausübung vor allem im Ausland stärker als bisher zu unterstützen. Das Auswärtige Amt ist aufgefordert, im Ausland mit dem Goethe-Institut, den deutschen Auslandsschulen, DAAD, Alexander von Humboldt-Stiftung und dem Deutschen Archäologischen Institut Stellenpools einzurichten. Ebenfalls sollten gemeinsam mit den Auswärtigen Diensten der anderen EU-Mitgliedstaaten und mit der Europäischen Kommission auf der Basis der Gegenseitigkeit Stellenpools eingerichtet werden;

– die bislang vergleichsweise starren Grenzen zwischen den einzelnen Beamtenlaufbahnen zu lockern und, falls notwendig, Reformvorschläge für das derzeit geltende Dienstrecht zu machen mit dem Ziel, mehr laufbahnübergreifenden Einsatz der Beamten zu ermöglichen.

Berlin, den 17. Oktober 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333